

Hasenpflug, Hajo

Article — Digitized Version

Perspektiven des europäisch-arabischen Dialogs

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hasenpflug, Hajo (1974) : Perspektiven des europäisch-arabischen Dialogs, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 459-461

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134728>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Perspektiven des europäisch-arabischen Dialogs

Hajo Hasenpflug, Hamburg

Die energie- und zahlungsbilanzpolitischen Schwierigkeiten in der EG unterstreichen die Dringlichkeit des europäisch-arabischen Dialogs, der im Oktober beginnt. Betroffen sind von dem Dialog jedoch nicht nur die arabischen und europäischen Interessen, sondern auch die der USA und von Entwicklungsländern.

Das Interesse der Staaten der Arabischen Liga an Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft hat sowohl ökonomische als auch politische Ursachen. Dabei haben die ökonomischen Faktoren eine Realisierung der politischen Interessen sogar erst ermöglicht. Die ökonomischen Interessen der arabischen Staaten leiten sich aus den stark gestiegenen Öleinnahmen ab, die sich 1974 auf ca. 50 Mrd. Dollar belaufen werden. Diese Mittel sollen unter anderem dazu dienen, die einseitig von der Ölförderung abhängigen Wirtschaftsstrukturen zu diversifizieren, um langfristig auf eine Erschöpfung der Erdöllagerstätten besser vorbereitet zu sein. Ein Aufbau verschiedener verarbeitender Industrien ist jedoch nur mit der Hilfe von Firmen und Know-how aus den Industrienationen möglich.

Der politische Grund für einen Dialog mit den Staaten der EG ist in dem Willen zu sehen, eine echte gleichberechtigte Partnerschaft mit Europa einzugehen. Dieser Versuch wird von einem Mißtrauen gegen die politisch und militärisch starken Supermächte begleitet, deren Interessen man sich nicht unterordnen möchte. Darüber hinaus steht hinter dem Wunsch nach einem europäisch-arabischen Dialog auch das Bestreben, einer geschlossenen Frontstellung der Industrienationen gegen die Ölförderstaaten zuzukommen.

Auf der anderen Seite stehen handfeste Interessen der europäischen Gesprächspartner. Die EG zielt auf eine Sicherung der Erdölversorgung ab sowie auf eine Milderung der zahlungsbilanzpolitischen Schwierigkeiten, die durch die Rohölverteuerung entstanden bzw. drastisch verstärkt worden sind. Die extrem gestiegenen Preise für Rohöl werden die Zahlungsbilanzen der neun EG-Mitglieder 1974 voraussichtlich mit mindestens 55 Mrd. DM *zusätzlich* belasten¹⁾. Besondere

Schwierigkeiten werden sich vor allem für Italien, Großbritannien und in etwas geringerem Maße für Frankreich ergeben. Eine Lösung dieser Zahlungsbilanzprobleme muß schnell gefunden werden, da nicht nur die einzelnen betroffenen Volkswirtschaften in immer schwierigere Situationen kommen, sondern das gesamte Weltwährungssystem gefährdet ist.

Angeichts der vorhandenen Schwierigkeiten haben einzelne EG-Mitgliedstaaten bereits bilaterale Vereinbarungen mit Nahoststaaten getroffen, die innerhalb der Gemeinschaft nicht abgestimmt worden sind, dadurch den Eindruck einer „Rettewer-kann-Politik“ vermitteln und den Bestand der EG gefährden. So schließen die Bundesrepublik und Frankreich bereits erfolgreiche Investitionskooperationsabkommen ab, erhalten Exportaufträge und Industriebeteiligungen. Aufträge an Großbritannien sind dagegen nur in geringem Umfang zu vermerken und beschränken sich im wesentlichen auf seine ehemaligen Protektorate am Persischen Golf. Dennoch findet im Falle Großbritanniens das Recycling der Öldevisen statt. Arabische Staaten investieren hohe Summen in britische Immobilien und Staatsanleihen. So soll Kuwait 4,5 Mrd. DM in britischen Staatsanleihen angelegt haben. Insgesamt sind allein in der Zeit von April bis Ende Juli 1974 gut 12 Mrd. DM britischer Rentenpapiere neu placiert worden²⁾, die im wesentlichen Öldevisen absorbiert haben

¹⁾ Vgl. o. V.: Ölkrise verursacht Zahlungsbilanzdefizit von rund 22 Mrd. \$, in: Nachrichten für Außenhandel, Nr. 82 vom 26. 4. 1974.

²⁾ Vgl. o. V.: Araber kaufen Staatsanleihen, in: Handelsblatt vom 6. 8. 1974, S. 13.

Hajo Hasenpflug, 29, Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Außenwirtschaft und Integrationspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

sollen. Hierdurch kommt zum Ausdruck, daß Großbritannien – trotz des desolaten gesamtwirtschaftlichen Zustands – international nach wie vor eine gewisse Kreditwürdigkeit genießt. Dazu haben vermutlich auch die Erwartungen in die britischen Nordseeölfunde beigetragen, die der Insel ab 1980 einen 100%igen Selbstversorgungsgrad sichern sollen.

Im Gegensatz dazu ist die Lage für Italien weit aus schwieriger und droht, für die gesamte EG zu einer immer stärkeren Belastungsprobe zu werden. Die bisher aus den Staaten der Arabischen Liga und dem Iran erteilten zusätzlichen Exportaufträge an italienische Firmen sind relativ gering. Bisher haben in erster Linie die Bundesrepublik, Frankreich, Japan und die USA umfangreiche Vertragsabschlüsse vorzuweisen. Ein Recycling von Öldevisen nach Italien findet auch nicht wie im Falle Großbritanniens in der Form des Auflegens von Emissionen statt. Die Ursache hierfür ist das fehlende Vertrauen internationaler Finanzkreise in die italienische Wirtschaft, die voraussichtlich für 1974 ein Zahlungsbilanzdefizit von 30 Mrd. DM aufweisen wird.

Unzumutbares Ölpreisniveau

Angesichts der bedrohlichen Auswirkungen der Ölkrise und der unterschiedlichen Erfolgsaussichten einzelner EG-Staaten, sie zu meistern, bietet der europäisch-arabische Dialog einen positiven Ansatzpunkt, den Zusammenhalt der EG zu fördern. Der Bestand der Gemeinschaft ist nämlich durch nicht vertragskonforme handelspolitische Maßnahmen schwacher Mitgliedstaaten, wie sie z. B. Italien ergreift, ernsthaft gefährdet. Außerdem ist ungewiß, wie lange und in welchem Ausmaß die relativ zahlungsbilanzstarken Mitgliedsländer Stand-by-Maßnahmen anbieten können. Außerdem würde sich das regionale Wohlfahrtsgefälle der Gemeinschaft vergrößern, regionalpolitische Ausgleichszahlungen würden dringender denn je, und eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken würde immer unmöglicher.

Im Rahmen des Dialogs bieten sich nunmehr Möglichkeiten, gemeinschaftlich über Ölversorgungs- und Recycling-Themen zu sprechen, die bilateral für einige Mitgliedstaaten ohne Aussicht auf Erfolg gewesen wären. Im Rahmen dieser Gespräche wird die EG darauf drängen müssen, daß Preissenkungen für die Öllieferungen herbeigeführt werden, denn es hat wenig Sinn, in einer Art Sisyphusarbeit durch erhöhte Exportanstrengungen, Beteiligungen an den europäischen Industriegesellschaften oder das ständige Auflegen von Anleihen die Zahlungsbilanzlöcher zu stopfen, wenn die gegenwärtigen Rohölpreise gleichbleiben oder sogar steigen. Es muß den Staaten der Arabischen Liga, wie auch dem nicht zur Arabischen Liga gehörenden Iran, klargemacht

werden, daß das gegenwärtige Preisniveau weit über der Grenze des weltweit Zumutbaren liegt und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit langfristig wenig lohnend macht – vielmehr wäre dann die verstärkte Ausschau nach teuren Substitutionsenergien interessant.

Notwendige Absatzgarantien

Der Hinweis auf eine echte partnerschaftliche Kooperationspolitik gilt jedoch auch für die EG-Staaten. Befriedigende Lösungen hinsichtlich der Öllieferungen und Ölpreise sowie ein Entgegenkommen der arabischen Staaten bei einer möglichen europäischen Gemeinschaftsanleihe können nur erwartet werden, wenn die EG ihrerseits bereit ist, den Wünschen der Araber weitgehend Rechnung zu tragen. Die Förderstaaten erwarten von den Europäern, daß diese ihnen bei der Industrialisierung ihrer Länder mit Investitionsgütern und Know-how zur Seite stehen. Da die zu erstellenden Industrieanlagen aufgrund der beschränkten Absorptionfähigkeit der arabischen Märkte häufig nicht wirtschaftlich arbeiten können, wünschen die bevölkerungsarmen arabischen Förderstaaten außerdem Garantien für den Absatz auf westlichen Märkten³⁾. Die Gemeinschaft muß daher zu derartigen Abnahmegarantien bereit sein und notfalls sogar Schwierigkeiten für ihre eigenen Industrien in Kauf nehmen, falls es zu erhöhten Importen aus dem arabischen Raum kommt. Langfristig könnte dies vor allem bei verarbeiteten Ölprodukten sowie bei verschiedenen Erzeugnissen der Petrochemie der Fall sein, da derartige Produktionsstätten in allen Förderstaaten mit Hilfe der Industrienationen in relativ großer Anzahl errichtet werden.

Allerdings ist zu befürchten, daß die Politiker in einigen Mitgliedstaaten diesen Zusammenhang zwischen einer Öffnung der eigenen Märkte als Folge einer mit europäischer Hilfe vorangetriebenen Industrialisierung der bevölkerungsarmen arabischen Staaten und als Preis für eine gesicherte Rohölversorgung sowie eine langfristige Verbesserung ihrer Zahlungsbilanzen nur schwer begreifen werden. Eine Einigung in Brüssel über eine Marktöffnung bzw. über Abnahmegarantien für Industrieprodukte wird unter Zugrundelegung bisheriger Erfahrungen skeptisch zu beurteilen sein, da sich derartige Verhandlungen im EG-Rat aufgrund des Wehgeschreis eines oder zweier EG-Partner unendlich hinzuziehen und, wenn überhaupt, mit einem minimalen Ergebnis zu enden pflegen. Und diese Ergebnisse werden auch dann häufig nur durch Ausgleichszahlungen und andere Zugeständnisse von den stärker am Freihandel interessierten Mitgliedstaaten an die vermeintlich betroffenen Mitgliedstaaten erkauft.

³⁾ Vgl. David Housego: Saudi-Arabia – Into the 15th Century, in: The Financial Times, No. 26323 vom 27. 3. 1974.

Geht man davon aus, daß die anstehenden schwierigen Probleme der am europäisch-arabischen Dialog beteiligten neun EG-Staaten und der 20 Nationen der Arabischen Liga zur Zufriedenheit beider Seiten gelöst werden können, so dürfen darüber beide Seiten ihre Verpflichtungen gegenüber den übrigen Entwicklungsländern nicht vergessen. Eine erfolgreiche Kooperationspolitik zwischen den Staaten diesseits und jenseits des Mittelmeeres birgt die Gefahr, daß diese Politik unter anderem auf Kosten der Entwicklungsländer durchgeführt wird, die bereits aufgrund der gestiegenen Ausgaben für Erdölimporte mehr denn je auf die Rücksichtnahme anderer Staaten angewiesen sind. Die Entwicklungsländer müssen nämlich in diesem Jahr in etwa die Summe zusätzlich für Erdölimporte aufbringen, die der öffentlichen Entwicklungshilfe aller Geberländer der OECD im Jahr 1972 entspricht. Die Ölimporte der Entwicklungsländer haben zudem wertmäßig einen Anteil an den Gesamtimporten erreicht, der die Zahlungsbilanzsituation hoffnungslos verschlimmert – wenn nicht auf andere lebensnotwendige Importe verzichtet werden soll.

Die ölfördernden Staaten dürfen deshalb die bisherigen Ansätze zu einem arabisch-afrikanischen Entwicklungsfonds nicht als Alibi für das Unterlassen weiterer Hilfen benutzen, da dieser Fonds angesichts der durch die Ölpreissteigerungen bedingten Entwicklungsschwierigkeiten bestenfalls als Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden kann. Insbesondere sollten die Araber es nicht darauf anlegen, weitere Hilfsmaßnahmen mit politischem Wohlverhalten in der Israel-Frage erkaufen zu wollen. Außerdem sollte die Hilfe frei sein von religiös-dogmatischen Überlegungen, denn bisher – von Ausnahmen abgesehen – ist die arabische Entwicklungshilfe ausschließlich islamischen Staaten zugute gekommen. Notwendig ist vor allem ein Rohöl-Sonderpreis für Entwicklungsländer, wie ihn vor einiger Zeit bereits das 7er-Komitee der OAU und Indien vorgeschlagen haben.

Die Gemeinschaft sollte die Chance des europäisch-arabischen Dialogs nutzen und die arabische Welt auf diese Notwendigkeiten im Hinblick auf die sogenannte „Vierte Welt“ hinweisen. Verstärken sich nämlich deren Zahlungsbilanzschwierigkeiten, kann die europäische Industrie kaum noch mit Exportaufträgen aus diesen Ländern rechnen. Die EG sollte ihrerseits darauf bedacht sein, bei einer potentiellen Marktöffnung für verschiedene verarbeitete Produkte aus den arabischen Staaten die übrigen Entwicklungsländer in derartige Regeln einzubeziehen, damit ein Ausbau der europäisch-arabischen Handelsbeziehungen nicht auf dem Rücken der ohnehin schon schwachen Entwicklungsländer ausgetragen wird.

Belastung der atlantischen Beziehungen

Ein weiteres Problem bei der Durchführung des europäisch-arabischen Dialogs besteht in der Rücksichtnahme auf die bestehenden atlantischen Beziehungen. Die USA haben bereits offen zu erkennen gegeben, daß sie dem Dialog mit Mißtrauen entgegensehen, weil die EG mit den Arabern Formen der Zusammenarbeit entwickeln könnte, die zu Lasten der amerikanischen Handelsposition im Mittelmeerraum und im Nahen Osten gingen.

Um einer vorschnellen Kontaktaufnahme europäischer und arabischer Staaten angesichts der Ölkrise zuvorzukommen, hatten die USA die EG-Staaten, Kanada, Japan und Norwegen im Februar dieses Jahres nach Washington zur Energie-Konferenz eingeladen, auf der über ein koordiniertes Vorgehen der Industrienationen gegenüber den ölproduzierenden Staaten beraten werden sollte. Eine einheitliche EG-Meinung kam auf dieser Konferenz nicht zustande, da Frankreich einem weiteren koordinierten Vorgehen nicht zustimmte, weil dadurch der Eindruck einer Frontstellung gegen die Förderstaaten hätte entstehen können, der die Ölversorgungskrise nach französischer Meinung nur verschlimmert hätte. Die USA hatten schließlich aber doch erreicht, daß zunächst kein Alleingang der EG mit den arabischen Staaten zustandekam. Die EG demonstrierte dabei vollendete Uneinigkeit, da Frankreich an den Folgearbeiten der Washingtoner Energiekonferenz nicht teilnahm. Wenn nun nach Abschluß der Arbeiten in der Energiekoordinierungsgruppe die EG doch noch Gespräche mit der Arabischen Liga über denselben Fragenkreis aufnimmt, nachdem acht EG-Staaten mit den USA verschiedene Vereinbarungen zur Milderung der Ölkrise getroffen haben – z. B. Regelungen über substitutive Energiequellen oder über das Oil-sharing in Mangelsituationen –, dann muß sich die EG rechtzeitig über die Rückwirkungen des europäisch-arabischen Dialogs auf ihr Verhältnis zu den USA klar werden. Diese Abstimmung muß allerdings frühzeitig und in Brüssel vorgenommen werden und nicht erst in Algier oder Kairo, wo Meinungsverschiedenheiten unter den Neun nur peinlich sein können. Ein Eklat wie im Februar in Washington darf sich nicht wiederholen. Die acht EG-Staaten müssen eine Klärung über den Fahrplan für den Dialog im Hinblick auf das Verhältnis zu den USA unter anderem auch deshalb herbeiführen, weil Frankreich gegenwärtig den Ratsvorsitz innehat und zweifelsohne, ob bewußt oder unbewußt, mit einem nicht entsprechend eng gehaltenen Mandat eher als die anderen Acht auf Konfrontation mit den USA gehen würde – zumal es keine Abmachungen im Rahmen der Energiekoordinierungsgruppe mit den USA eingegangen ist.